



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR STADTENTWICKLUNG, HOCHBAU UND LIEGENSCHAFTEN

am Donnerstag, 05.12.2019, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Fuchshof - Einbringung Freiraumkonzept /
Mobilitätskonzept / Städtebaulicher Entwurf

Vorl.Nr. 352/19

Abweichender Beschluss:

I. Freiraumkonzept

Das Freiraumkonzept (Anlage 1) für den Fuchshof wird mit seinen freiraumplanerischen Zielaussagen und beschriebenen Schwerpunkten als Grundlage für die weiteren Planungen beschlossen. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Flächen im Sportpark, insbesondere die Ersatzmaßnahmen für das Parkhaus auf dem Rasenspielfeld, gemeinsam mit dem Stadtverband für Sport zu verhandeln.*

II. Mobilitätskonzept

Das im Mobilitätskonzept entwickelte dezentrale Parkierungskonzept *für die den Sportnutzungen zugeordneten Stellplätze* wie in Anlage 2, Kapitel 4 dargestellt wird *als Grundlage für die weitere Planung* beschlossen. Die Fuchshofstraße wird wie in der Anlage 5 dargestellt als parkierungsfreie Straße realisiert. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Fuchshofstraße, die Erschließungsstraßen der Baucluster sowie für die Radinfrastruktur eine Entwurfsplanung zu erarbeiten. Dabei wird neben den dargestellten Zweirichtungsradwegen auch die richtungsgetrennte Führung des Radverkehrs in Betracht gezogen. *Zum Schutz der Niedersachsenstraße und angrenzender Straßen vor Parksuchverkehr werden Konzepte zur Steuerung und Ordnung des Parkens (z.B. Parkleitsystem, Parkraumbewirtschaftung) ausgearbeitet. Eine Unterbrechung der Achse Fuchshof-/Niedersachsenstraße zum Schutz vor zusätzlichem Verkehr wird ebenfalls geprüft. Im Baucluster 1 sind 152 Stellplätze und im Baucluster 2 197 Stellplätze in der weiteren Planung vorzusehen.*

III. Städtebaulicher Entwurf

Der städtebauliche Entwurf wie in *Variante B.1* (Zukunft) dargestellt (Anlage 5 7) wird als Grundlage für den Bebauungsplan beschlossen. Die Baucluster 1 und 2 werden wie in der *Variante B.1* (Anlage 5 7) dargestellt als verkehrsreduzierte Wohnquartiere realisiert.

IV. Vergabe von Planungsleistungen

Die bisher vom Fachbereich Stadtplanung und Vermessung zur Verfügung gestellten Mittel i. H. v. 49.800 € werden um 35.200 € auf insgesamt 85.000 € brutto aufgestockt.

Das Planungsbüro Wick + Partner wird für die weiteren Planungsleistungen auf Basis des Ergänzungsangebots vom 15.04.2019 sowie für die Erarbeitung eines Gestaltungsleitfadens beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Im Vorfeld der Sitzung stellt Stadtrat **Eisele** den Geschäftsordnungsantrag, Tagesordnungspunkt 1 zu vertagen. Die Verkehrsprognose für das Fuchshof-Gebiet berücksichtige aus seiner Sicht nicht hinreichend die Extremsituationen bei vollem Sportbetrieb. Es sollte eine fundierte Verkehrszählung an unterschiedlichen Tagen, zu unterschiedlichen Zeiten und unter Berücksichtigung verschiedener Wettkampf- und Trainingssituationen durchgeführt werden. Erst danach könne eine Entscheidung getroffen werden.

BMin **Nießen** eröffnet die Aussprache zum Geschäftsordnungsantrag, an der sich Stadträtin **Dr. Knoß**, die Stadträte **Braumann**, **Rothacker** und **Juranek** sowie Stadträtin **Burkhardt** beteiligen.

Im Anschluss daran stellt BMin **Nießen** den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung. Diese erfolgt offen. Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann ruft BMin **Nießen** Tagesordnungspunkt 1 auf und erläutert einleitend, dass viele Anregungen und Vorschläge aus den vergangenen Beratungen in die Planung eingeflossen seien, insbesondere der Kompromiss zum Stellplatzschlüssel. Der Beschlussvorschlag der Vorlage 352/19 wird dem Gremium modifiziert zur Abstimmung gestellt. Die Veränderungen werden im weiteren Verlauf erläutert. Insgesamt stehe man ganz zu Beginn des Verfahrens und die Details werden im Bauleitverfahren geklärt werden können.

Herr **Kurt** und Herr **Veselaj** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erläutern die Planung für das Freiraumkonzept/Mobilitätskonzept anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Nach den vergangenen Beratungen haben die Fraktionen Zeit gehabt, die Änderungen und Kompromisse in der Planung zu beraten. Die Variante B.1 werde nun zum Beschluss vorgeschlagen. Herr Veselaj geht im Einzelnen anhand der Präsentation auf die Details dieser Planungsvariante ein. Er stellt die kommenden Schritte des weiteren Verfahrens vor.

BMin **Nießen** ergänzt, dass die ansässigen Sportvereine für ausreichend Parkplätze für den Sport werben. Für den Beschlussvorschlag werde die Option einer Erweiterung der Stellplätze aufgenommen. Sie eröffnet sodann die Aussprache.

Laut Stadträtin **Dr. Knoß** seien insg. 147 Parkplätze mehr auf dem Gelände als ursprünglich geplant. Ihre Fraktion sei kompromissbereit, da das Mobilitätskonzept schlüssig sei, und nun vorangekommen werden müsse. Festzustellen ist, dass nicht für Spitzenzeiten geplant werde, und in Normalzeiten sei es ausreichend. Es gebe auch die Möglichkeit, dass Autos in Extremzeiten woanders geparkt werden. Zum eingegangenen Schreiben der Sportvereine äußert sich Stadträtin Dr. Knoß, dass es wohl zu einer Parkraumbewirtschaftung im Gebiet kommen müsse. Der nun vorgeschlagene Kompromiss sei gut und die Verwaltung habe versucht, alle Anregungen aufzunehmen.

Stadtrat **Braumann** zufolge ist die Fraktion nicht zufrieden. Es entstehe ein weitgehend autofreies Gebiet, was durch die hohe Sportnutzung so nicht funktionieren werde. Durch die Anordnung der Parkierung werden diejenigen Bewohner ausgeschlossen, die ihr Auto und das der Besucher nah bei sich haben wollen. Die Bürger in der Oststadt und in Oßweil werden es der Verwaltung nicht danken. Die Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen.

Durch Kompromisse seien bessere Lösungen möglich, so Stadtrat **Rothacker**. Er stellt den mündlichen Antrag, die 50 Stellplätze der Erweiterungsoption gleich fix zu verwirklichen, dann wäre die Anzahl der Parkplätze ausreichend. Diese seien auch langfristig begrünbar. Durch das städtebauliche Konzept werde es andere Wohnformen geben, die womöglich eine andere Bewohnerschaft anzieht, als in anderen Gebieten. Wichtig wäre weiterhin, dass festgeschrieben wird, dass die Fläche, die die Sportvereine für das Parkhaus zur Verfügung stellen, an anderer Stelle mittels einer Traglufthalle nachgewiesen wird.

Stadtrat **Juranek** hält es für eine gute Konzeption, insbesondere die verkehrsfreien Wohngebiete. Er dankt der Verwaltung für die Erarbeitung. Dass die Fuchshofstraße keine Parkplätze mehr biete, sei elegant gelöst worden. Die Trennung der Schulparkplätze von den übrigen sei sinnvoll. Er ist optimistisch, dass ein hochattraktives Wohngebiet entstehe, das gut angebunden sei an die Innenstadt. Die Realisierung passiere hoffentlich zügig.

Er könne keine Zustimmung geben, führt Stadtrat **Eisele** aus. Spitzenzeiten auf dem Sportareal seien dort im Sommer an jedem Wochenende. Gut sei, dass die Niedersachsenstraße in die Überlegungen und in den Beschlussvorschlag integriert seien. Seine Vorschläge seien nicht gewürdigt worden, wonach gegenüber dem HCL-Gebäude zwei mehrgeschossige Wohnhäuser wie im Westen des Gebietes gebaut werden sollten. Das nun geplante Parkhaus verunmögliche auch die dort ursprünglich geplante informelle Sportfläche.

Stadträtin **Burkhardt** meint, dass der ursprünglich angedachte Dreiklang aus Wohnen, Sport und Grün zu Schwierigkeiten geführt habe. Das Areal sei hauptsächlich als Wohngebiet prädestiniert gewesen. Sie lobt das Mobilitätskonzept, das ein kinderfreundliches Wohngebiet schaffe. Die Wohnungen hätten aus ihrer Sicht auch mit einem niedrigeren Stellplatzschlüssel Mieter gefunden. Dem nun gefundenen Kompromiss könne sie zustimmen. Sie erklärt, in den Haushaltsberatungen den Antrag gestellt zu haben, die gesamte Maßnahme und weitere im Tiefbaubereich um zwei Jahre zugunsten von anderen dringenden Investitionen im Bildungsbereich zu schieben. Die Gesamtplanung beurteilt sie als sehr gut, solange die städtebauliche Qualität bleibe.

Herr **Kurt** erläutert auf die Fragen eingehend, dass das Parkierungskonzept nur mit einer Parkraumbewirtschaftung funktioniere. Andernfalls könne die Nachfrage nicht gesteuert werden. Konsequenz wäre, dass auch Sportler dafür zahlen müssten. Bestimmte Nutzer könnten allerdings im Gegenzug von den Parkgebühren befreit werden; dies sei eine politische Entscheidung. Die Quartiersgarage müsste ebenfalls bewirtschaftet werden und müsse sich wirtschaftlich tragen; zusätzliches Parkplatzangebot wie die von den Freien Wählern geforderten 50 fix zu bauenden Stellplätze wären für die Quartiersgarage eine zu große Konkurrenz. Die Entwicklung des Gebiets geschehe stufenweise, die Konfliktlinien insbesondere der Parkierung und der Parkverdrängung in den angrenzenden Straßen solle möglichst vermieden werden. Die beiden Gebäude wie von Stadtrat Eisele vorgeschlagen, seien geprüft worden. Die Verwaltung sei zu dem Schluss gekommen, dass eine Tiefgarage immer die teurere Variante sei und ein Parkhaus wesentlich wirtschaftlicher sei und zudem reversibel.

Stadtrat **Link** fragt, wie viele Plätze für Sportler in der Quartiersgarage geplant seien und was an

der Planung noch verändert werden könne, oder was schon entschieden sei. Er bittet, dass im Protokoll niedergeschrieben ist, dass es mit vorliegender Planung in der Fuchshofstraße keine Parkmöglichkeiten mehr geben wird, und dass das Wohngebiet autofrei sei und dort ebenfalls nicht geparkt werden dürfe.

Er habe an Hallen in anderen Städten niemals Parkgebühren zahlen müssen, so Stadtrat **Eisele**. Bei Bewirtschaftung entstehe hoher Parksuchverkehr in den angrenzenden Gebieten.

BMin **Nießen** erklärt, dass mit den Sportvereinen gesprochen wurde und wird. Man habe sich geeinigt, dass man sich am Anfang der Planung befinde und man sich weiter im Austausch befinde, um die offenen Fragen weiter zu erörtern.

Die Parkraumbewirtschaftung wird laut Herrn **Kurt** auf die Niedersachsenstraße erweitert. Wenn keine Bewirtschaftung erfolgt, fehle der Stadt auch die Steuerungsmöglichkeit auf den Verdrängungsverkehr. Bezogen auf die Frage von Stadtrat Link geht Herr Kurt auf die Anzahl der Stellplätze für den Sportpark ein. Im Parkhaus seien 197 Stellplätze und optional weitere 50 vorhanden. Die Parkplätze seien jetzt, unterstützt vom Verkehrsgutachten, an den richtigen Stellen angeordnet. Das Wohngebiet werde autofrei geplant, dadurch seien die Erschließungskosten gering und die Wohnqualität steige. Die Straßen seien für Anlieferung und Umzüge geeignet, zum Parken müsse aber wieder herausgefahren werden.

Stadtrat **Braumann** erinnert daran, dass die Grundzüge der Planung heute unwiderruflich festgelegt würden.

BMin **Nießen** erläutert den abweichenden Beschlussvorschlag, wie oben formuliert. Sie stellt zunächst den weitergehenden Antrag von Stadtrat Rothacker zur Abstimmung, wonach insg. 247 Parkplätze im Baucluster 2 sofort zu erstellen seien. Dieser Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt (Stimmengleichheit).

Sodann lässt BMin **Nießen** über den von ihr vorgestellten abweichenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Ziel der Planung ist die Erweiterung des bestehenden Möbelhauses und die Neuansiedlung der Schützen auf dem Grundstück Flst. Nr. 4476.
- III. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Erweiterung Möbelhaus“ Nr. 073/03 werden gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO jeweils als Satzung beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplan (Anlage 1a und 1b) vom 15.11.2019, die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) vom 15.11.2019 und die Begründung (Anlage 3) vom 15.11.2019.
- IV. Die wesentlichen Inhalte des städtebaulichen Vertrages zwischen dem Einrichtungshaus Ludwigsburg GmbH – XXXLutz und der Stadtverwaltung Ludwigsburg vom 14.11.2019 werden zur Kenntnis genommen (Anlage 5).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Nießen** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Es gehe um den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan, dessen Name sich auf „Möbelhaus“ geändert hat. Bevor der Antrag der Grünen-Fraktion aufgerufen wird, werde zunächst Herr Kurt in die Thematik einführen.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erinnert an das lange Verfahren und die Komplexität des Planungsvorhabens. Im vergangenen Sommer sei der erneute Entwurfsbeschluss gefasst worden. Die verschiedenen Prüfaufträge aus den Fraktionen beantwortet er anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Er geht dabei insbesondere auf die positive Baubilanz, das umfangreiche Artenschutzkonzept und die Grünordnung, den Lärmschutz, die Ampelanlage Knoten Mäurach und das Wegerecht Felsklötzchen ein. Es gebe zudem eine redaktionelle Änderung in der Vorlage auf von 35 l/s auf 25 l/s zu beschließen.

Stadtrat **Sorg** formuliert im Folgenden einen Antrag, dass in den Bebauungsplan die Forderung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Möbelhauses aufgenommen wird. Das Verfahren sollte möglichst dadurch nicht verzögert werden.

Der Antrag sei grundsätzlich sinnvoll, führt Herr **Kurt** aus. Das extensiv begrünte Flachdach diene aufgrund von Einleitungsbeschränkungen in den Mäuracher Kanal allerdings hauptsächlich als Regenrückhaltung. Baurechtlich sei es nicht möglich, einen Zwang auf Einbau einer Photovoltaikanlage festzusetzen. Der Bebauungsplan könne lediglich die Ermöglichung einer solchen vorgeben, was er im vorliegenden Fall tut. Wenn auf dem Antrag bestanden wird, müsste ein erneuter Entwurfsbeschluss samt Beteiligungsphase gefasst werden. Künftig werde die Verwaltung schon bei Aufstellungsbeschlüssen auf diese Thematik achten.

BMin **Nießen** eröffnet sodann die Aussprache.

Stadtrat **Sorg** lobt, dass an viele Aspekte beim Bebauungsplan gedacht worden seien. Er fragt, an welchen Kanal die Retentionsanlage angeschlossen sei, ob der Radweg entlang der Frankfurter Straße als potentieller Schnellradweg gewährleistet bleibt und in Bezug auf Lärmemission, wo die Kartonpressen stehen.

Stadtrat **Link** bittet darum, Vertreter des Stadtteilausschusses anzuhören, was von BMin Nießen zugesagt wird. Es seien lange Staus in den Abendstunden in Eglosheim stadtein- und -auswärts. Die Aufstellflächen auf den Abbiegespuren in die Mäurachquerspange seien viel zu kurz dimensioniert. Er bittet darum, dass die Fassade des Möbelhauses aus Aufheizgründen nicht mit Blechelementen gebaut wird; sowie dass frühzeitig über die Landesstraße L1138 die empfohlene Route beschildert werde. Er erinnert daran, dass die Straßen in Eglosheim vielfach dicht sind, vor allem in der Adventszeit.

Stadtrat **Rothacker** zufolge werde die Erweiterung und das Mobilitätskonzept funktionieren. Es seien viele Gutachten und Verkehrsvideos gezeigt worden. Es sei positiv, dass das Biotop im Felsklötzchen beibehalten werde. Die Effizienz der Ampelschaltung an der Mäurachquerspange werde die Praxis zeigen.

Stadträtin **Liepins** dankt der Verwaltung für die intensive Arbeit am Bebauungsplanverfahren. Sie sieht für alle Beteiligte eine verträgliche Lösung. An manchen Tagen im Jahr mit hohem Verkehrsaufkommen werde es Stau geben. Es wäre aus ihrer Sicht wichtig und besser, wenn der Ökoausgleich komplett in Eglosheim vorgenommen werde.

Es sei erfreulich, dass die Baureife nun endlich da sei, so Stadtrat **Eisele**. Die Erweiterung diene der Konkurrenzfähigkeit für das Unternehmen.

Stadträtin **Burkhardt** kritisiert die sehr umfangreiche Beschlussvorlage. Die Firma XXXLutz Mann-Mobilia möchte und soll die Verkaufsflächenerweiterung unter allen Umständen durchsetzen. Stadträtin Burkhardt erinnert daran, dass sie weder 1989 der Ansiedlung des Möbelhauses im Außenbereich mittels einfacher Baugenehmigung noch heute der Erweiterung mittels Bebauungsplans zustimme. Sie bittet darum, die Ergebnisse des ZURES-Projekts (Zukunftsorientierte Vulnerabilitäts- und Risikoanalyse als Instrument zur Förderung der Resilienz von Städten und urbanen Infrastrukturen) einzusehen. Außerdem bittet sie um Einsicht in den Durchführungsvertrag mit der Firma XXXLutz. Sie werde der Satzung nicht zustimmen, zu groß seien bereits jetzt die Verkehrs- und Luftbelastungen für den Stadtteil, die sich mit jeder Baumaßnahme weiter verschlimmern. Ausgleichsmaßnahmen in anderen Gebieten der Stadt seien

da nicht sinnvoll.

Frau **Mitschele** erhält daraufhin als Vertreterin des Stadtteilausschusses Eglosheim das Wort. Der Stadtteilausschuss habe von Anfang an Bedenken geäußert, vor allem aus verkehrlichen Gründen. Die Praxis gestalte sich anders, als die Theorie und Gutachten vorgeben. Sie fragt, wie die Verhandlungen mit dem Vorhabenträger dahingehend verlaufen sind, ob und wie bei der Ausfahrt aus dem Parkhaus verfahren werde, wenn dies nicht wie gewünscht funktioniert. Außerdem sei die Gestaltung des Radwegs als Schnellradweg fraglich. Positiv sei der zugesagte Lärmschutz zu den Anwohnern. Der Stadtteilausschuss bittet darum, die Ausgleichsmaßnahmen im Stadtteil durchzuführen.

Stadtrat **Bauer** fragt, ob bei Ausgleichsmaßnahmen in Eglosheim nur Projekte aus dem Stadtteil oder aus dem gesamten Stadtgebiet angerechnet werden.

BMin **Nießen** erläutert, dass bei Ausgleichsmaßnahmen gelte, diese erstens zu vermeiden, zweitens zu minimieren, drittens am Eingriffsort zu suchen und erst dann viertens an anderer Stelle zu realisieren. In gestriger Gemeinderatssitzung habe die Verwaltung den Prüfauftrag für Ausgleichsflächen in Eglosheim mitgenommen und werde im ersten Halbjahr 2020 im Beirat für Umwelt und Landwirtschaft darüber beraten.

Herr **Kurt** geht im Folgenden auf die offenen Fragen ein. Im Durchführungsvertrag mit dem Vorhabenträger ist der Fall geregelt, dass gegebenenfalls eine Ausfahrt über die Straße Mäurach verhindert wird. Ein Radschnellweg bleibe weiterhin möglich, die Flächen hierfür seien vorhanden. In die geforderten Dokumente könne Einsicht genommen werden. Der Durchführungsvertrag verbiete nicht ausdrücklich eine Blechfassade, mit dem Anliegen nach einer Alternative werde man auf den Vorhabenträger zugehen. Die Fassadengestaltung sei zwei Mal im Gestaltungsbeirat beraten worden. Die frühzeitige Beschilderung sei Bestandteil des Vertrags und fest eingeplant.

Frau **Schröder** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) zufolge seien die Kartonpressen eingehaust. Sie seien im Lärmgutachten bemessen worden und würden die Grenzwerte einhalten. Zur Regenrückhaltung werde es zwei Becken geben, sowie eine Zisterne, aus der kontinuierlich in einen Vorteach gepumpt werde. Dieser wiederum speise den Teich auf dem Gartengrundstück.

Stadtrat **Link** fragt, ob die Stadt in Bezug auf Ausgleichsflächen auf den Verkauf des alten Hoffmannsgeländes reagiert habe, was Frau **Schröder** verneint. Stadträtin **Burkhardt** ergänzt diesbezüglich, dass es sich um einen alten Autoverwerter handelt und eine hohe Bodenbelastung zu vermuten sei.

Der Radweg nach Bietigheim sei heute schon rege genutzt, und nicht nur in der Zukunft als Schnellradweg zu denken, so Stadtrat **Bauer**. Eine Ampelanlage für den Radweg wäre eine Verschlechterung zum jetzigen Stand.

Da eine Aufnahme einer Solaranlage in den Bebauungsplan zu einer erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit führen müsste, zieht Stadtrat **Sorg** seinen Antrag zurück. Er bittet die Verwaltung, mit den Ansinnen auf den Vorhabenträger zuzugehen und auch Wege der Verpachtung der Fläche für Energiewirtschaft anzuregen, was von BMin **Nießen** zugesagt wird.

Sie stellt daraufhin den Beschlussvorschlag der Vorlage 430/19 zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Nießen** führt aus, dass das Preisgericht für die Gestaltung des Arsenalplatzes getagt habe. Die Entscheidungen zur Rangfolge und zu den Preisen seien mit deutlicher Mehrheit getroffen worden.

Frau **Boos** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) stellt die Ergebnisse aus dem freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb mit Ideenteil anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor. Sie geht dabei insbesondere auf die einzelnen Preisträger ein und legt die Entscheidungswege dar. Die Ergebnisse samt Protokoll werden für eine öffentliche Informationsvorlage aufbereitet. Sie geht auf das weitere Vorgehen ein. Mitte Januar wolle man die Wettbewerbssieger, die Preisträger und die Anerkennungen im Kulturzentrum ausstellen. Man werde eine Wettbewerbsdokumentation erstellen. Wichtige Themen wie Mobilität, Wirtschaftsförderung, sowie die Beteiligung von LUIS e.V. werden weiter vertieft. Potentiale und mögliche Veranstaltungsformate werden geprüft. Im Austausch stehe man mit der Kreissparkasse bezüglich der Tiefgaragenausfahrt. Anfang 2020 werde es hierzu einen Vorschlag geben. Das Land als Anrainer mit dem Staatsarchiv sei vom Siegerentwurf ebenso begeistert gewesen und stehe in gutem Dialog zum Thema Zeughausplatz.

Stadträtin **Dr. Knoß** ist vom Siegerentwurf begeistert und wünscht eine schnellstmögliche Umsetzung. Es löse viele Probleme. Sie geht insbesondere auf die klimatischen und sozialen Aspekte ein und ist davon überzeugt, dass die Menschen sich hier aufhalten werden. Der Platz habe eine hohe Klimarelevanz mit hitzeresistenten Bäumen. Zudem sei die Pflegearbeit überschaubar und die Umsetzung könne in Abschnitten erfolgen.

Eine schnelle Umsetzung gebe eine Planungssicherheit für alle Beteiligten, merkt Stadtrat **Braumann** an. Ein vertrauter Stadtraum werde nun neu gestaltet. Die Umsetzung müsse noch beraten werden, auch innerhalb der Fraktion. Die Mehrbelastung der Schulgasse, sowie die Führung des motorisierten Individualverkehrs über Schiller- und Arsenalplatz und das Verkehrskonzept samt Tiefgaragenausfahrt sieht er noch problematisch.

Anfang kommenden Jahres werde eine weitere Lösung für die Tiefgaragenausfahrt vorgestellt, merkt BMin **Nießen** an.

Stadtrat **Rothacker** bemängelt die aufwendige Pflege für diesen Platz. Ihm fehle die multifunktionale Nutzung. Es sollten zehn Parkplätze für bewegungseingeschränkte Personen bestehen bleiben. Er habe sich beim Preisgericht nicht für diesen Entwurf ausgesprochen. In der ersten Phase sollten die Parkplätze teilweise benutzbar sein. Weiter spricht er die Belastung der Gartenstraße an und ist gespannt auf die weitere Variante zur Tiefgarage. Bei einer Ausfahrt in Richtung Schulgasse werde er nicht mitgehen. Hierzu werde es auch in der Bevölkerung Widerstand geben.

Stadträtin **Liepins** bekennt sich ebenso zur Nichtzustimmung. Das Element Wasser und eine multifunktionale Fläche müssten noch ergänzt werden. Die Pflege von Kieswegen sieht sie problematisch. Die gewählte Baumart habe sie zudem erstaunt. Zudem fehle ihr eine Vorstellung der Nutzung hinsichtlich der breiten Fläche zum Staatsarchiv. Die Bevölkerung müsse mit eingebunden werden.

Der Entwurf sei reizvoll, so Stadtrat **Heer**, und habe französischen Flair, müsse aber noch endgültig ausreifen, bspw. was eine Multifunktionsfläche angeht. In den Planungen fehlen die Verkehrsführung und die Tiefgaragenzufahrt. Die Begrünung und der Oberflächenbelag seien

noch zu klären. Insgesamt sei noch einiges zu tun, auf der Entwurfsgrundlage könne man aber fortfahren.

Stadträtin **Burkhardt** zufolge sei es gut, die Ergebnisse des Wettbewerbs öffentlich vorzustellen. Das Oberflächenmaterial hält sie nicht für geeignet und bei den Bäumen müsse man bedenken, dass diese erst in 20 Jahren eine ausreichende Höhe erreichen würden. Generell sei die Frage, welche klimaresistenten Bäume man in der Stadt wolle. Positiv sei, dass die Freifläche des Arsenalplatzes verändert werde.

Auf Sinn und Zweck eines Wettbewerbs eingehend, betont BMin **Nießen**, dass eine Idee für die zukünftige Gestaltung ausgewählt worden sei. Die Abstimmung des Preisgerichts über die Preisträger sei einstimmig gefasst worden, die Rangfolge sei mehrheitlich beschlossen worden. Über die Oberflächengestaltung könne man noch reden, ebenso wie über die Tiefgarage. Es werde noch Veränderungen und Ergänzungen der Planung geben.

Herr **Wenger** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) erläutert, dass es sich um eine wassergebundene Deckschicht handelt, die ähnlich wie ein Tennisplatzbelag funktionieren werde. Auch bei einer Rasenfläche gebe es Pflegeaufwand. Die chinesischen Blauglockenbäume werden ca. 10-15 m hoch und besitzen tiefgehende Wurzeln und sei daher klimaresistent. Herabfallende Früchte gebe es bei nahezu jedem Baum.

Zur Verkehrsführung und zur Tiefgarage sei man mit dem Fachbereich Nachhaltige Mobilität in regem Austausch, versichert Frau **Boos** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung), ebenfalls zu Veranstaltungen mit Tourismus & Events Ludwigsburg und dem Innenstadtverein LUIS e.V. Die Entwürfe werde man ausführlich im Beirat Innenstadt-Offensive vorstellen. Der Preisträger werde ebenfalls Ideen für die multifunktionale Nutzung der eingeränderten Flächen haben. Die Bevölkerung werde in die weitere Planung eingebunden; Ideen wie dies geschehen könne, seien vorhanden.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) dankt den Mitgliedern des Gremiums für die Rückmeldungen. Der Arsenalplatz als momentaner Transferraum werde hohe Attraktivität erhalten. Es handle sich um einen robusten Entwurf, der die aufgeworfenen und notwendigen Anpassungen verkräften werde.

Stadtrat **Link** regt Tafelbäume wie am Frankfurter Römer an.

Alle Ideen und Anregungen werde man in der kommenden Zeit erörtern, erklärt abschließend BMin **Nießen**. Sie schließt daraufhin den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:**Entscheidung durch den BSS:**

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt an der Grundschule Hoheneck den Bedarf für:
 - a) den Bau einer Überdachung zwischen Haupteingang des Schulgebäudes und Zugang zu den Außen-WC's.
 - b) den Einbau von Schüler-WC's im 1. Obergeschoss des Schulgebäudes.

Entscheidung durch den SHL:

- 2.1 Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften beschließt den Entwurf und Bau der Schulhofüberdachung an der Grundschule in Hoheneck auf der Grundlage des beiliegenden Gestaltungskonzeptes mit Baukosten in Höhe von 320.000 EUR (investiv, Kostengruppen 200 - 400 + 700 inkl. 19 % MwSt. und Sicherheitszulagen).
- 2.2 Der Verkleidung des Sanitärgebäudes mit Erstellung eines Müllraums in Höhe von 71.000 EUR (konsumtiv / investiv), Kostengruppen 200 - 400 + 700 inkl. 19 % MwSt. und Sicherheitszulagen), wird zugestimmt.
- 2.3 Dem Einbau von Schüler-WC's in das Schulgebäude mit Baukosten in Höhe von 46.000 EUR (investiv, Kostengruppen 200 - 400 + 700 inkl. 19 % MwSt. und Sicherheitszulagen), wird zugestimmt.
- 3 Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2020 ff. zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss über die Beschlussziffern 2 und 3 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BMin **Nießen** merkt an, dass im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 27.11.2019 der Bedarf einstimmig beschlossen worden sei.

Frau **Barnert** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert die Vorlage. Nach dem positiven Signal durch den Ausschuss Bildung, Sport und Soziales habe man bereits einen Förderantrag eingereicht.

Die Summe sei bereits im Haushalt aufgenommen, merkt Stadtrat **Bauer** an, und er wird der Vorlage zustimmen. Er wundert sich über die hohe Summe für die Überdachung und wünscht hierzu noch weitere Informationen. Die extensive Begrünung findet er gut. Weiter spricht er die Konstruktion der Pfosten, das Sanitätsgebäude und das Logo und das Symbol der Fische als identitätsstiftend für die Schule an. Das Thema Kosten solle im Workshop zu Baustandards behandelt werden.

Da der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales der Überdachung zugestimmt habe, stimme er ebenso zu, so Stadtrat **Link**. Zum Schutz der spielenden Kinder bittet er um runde Stützen. Die Fassade könne aus Kostengründen mit einem Anstrich versehen werden.

Stadtrat **Rothacker** geht auf den geplanten Workshop zu den Standards ein. Er werde der Vorlage zustimmen.

Ebenso seine Zustimmung signalisiert Stadtrat **Juraneck**. Die Maßnahmen seien sinnvoll.

Das kleine Projekt habe große Auswirkungen, fügt Stadtrat **Heer** hinzu. Über die Standards müsse diskutiert werden. Er werde ebenso zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** werde für den Vorschlag stimmen. Sie hätte sich ebenso für Eglosheim eine Sanierung gewünscht.

Stadtrat **Braumann** sieht es positiv, dass diese Maßnahme nicht geschoben werde.

Heute werde die Überdachung der Grundschule zwischen Schul- und Sanitärgebäude beraten, merkt BMin **Nießen** an. Der Workshop zu Standards sei im Januar 2020 geplant. Die Überdachung wird unter wirtschaftlichen Aspekten vorgeschlagen.

Frau **Barnert** erläutert detailliert den Vorschlag. Man werde eine wirtschaftliche, schlanke und langlebige Konstruktion entwickeln. Aufgrund der Höhendifferenz werden zusätzlich Holzlamellen als Verkleidung angebracht. Bewusst sei eine geschlossene Dachkonstruktion mit einer Dachbegrünung gewählt worden. Der Wunsch auf Rundstützen werde mitgenommen. Weiter spricht sie das Thema Logo an. Für den Workshop sieht sie dieses Projekt nicht als geeignetes Beispiel an. Hier habe man sich auf ein anderes Projekt abgestimmt. Über die Beschlussziffern könne auch einzeln abgestimmt werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** bittet um erhöhte Wasserhähne für die Füllung von Trinkflaschen.

Auf die Anmerkung von Stadtrat **Link**, wonach im Außenbereich eine 12 cm-Dämmung nicht erforderlich sei, antwortet Frau **Barnert**, dass eine solche nicht geplant sei.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt BMin **Nießen** über die Beschlussziffern 2 und 3 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor Beginn der Sitzung abgesetzt.

BMin **Nießen** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.